

2013-10-29

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 09.10.2013

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin
Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 37**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

| | |
|---|--|
| Fraktion NEUES FORUM | Tonndorf, Klaus |
| Fraktion der CDU | Kolze, Jens Müller, Christa |
| Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau | Andrich, Monika |
| Fraktion der SPD | Eichelberg, Ingolf Laue, Harald Müller, Angela |
| Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN | Grabner, Isolde Tietz, Gabriele, Dr. |
| Fraktion Pro Dessau-Roßlau | Grünthal, Martin |
| Fraktion der FDP | Neubert, Jürgen, Dr. |
| Mitglied Freie Wähler | Göricke, Hagen |
| Mitglied DVU | Knop, Ingmar |

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Stadtrates wurde durch den **Vorsitzenden, Herrn Dr. Exner**, eröffnet. Er stellte die form- und fristgemäße Ladung des Gremiums zur heutigen Sitzung sowie seine Beschlussfähigkeit fest. Derzeit befinden sich 31 Stimmberechtigte im Sitzungssaal.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zu der mit der Einladung ausgereichten Tagesordnung merkte zunächst **Herr Oberbürgermeister Koschig** an, dass die Vorlage zum **Tagesordnungspunkt 7.5 zurückgezogen** werde. Die Vorlage war vorsorglich eingebracht worden. Aus Magdeburg kamen keine Signale mehr, ob es zur Zusammenführung der Kommunal- und Europawahlen mit der Wahl des Oberbürgermeisters eine Gesetzesänderung geben wird. Zwischenzeitlich liege ihm ein Schreiben vom Staatssekretär Prof. Dr. Gundlach vor: „Nach derzeitiger Sachlage kann ein fraktionsübergreifend eingebrachtes Gesetz in der Sitzung des Landtages am 17./18. Oktober 2013 verabschiedet werden. Mit einem Inkrafttreten wäre sodann zum 1. November 2013 zu rechnen.“ Weiter heißt es „Im neuen Zeitkorridor ... hat nur die Hauptwahl, sog. 1. Wahlgang zwingend stattzufinden, nicht jedoch auch die erforderliche Stichwahl.“ Dazu gibt es noch Rücksprachen des Stadtwahlleiters mit dem Innenministerium. Die OB-Wahl könne also erst nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beschlossen werden, weshalb die Vorlage heute zurückgezogen wird.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, regte an, die Beschlussvorlage zu **TOP 7.12 - 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2013 - nach der Beschlussfassung des Jahresabschlusses und der Entlastung der Betriebsleitung DeKiTa 2012** zu behandeln, also **nach 7.13 und 7.14**.

Weitere Änderungen wurden nicht beantragt. Der Änderungsantrag von Herrn Giese-Rehm wurde angenommen.

Die Tagesordnung wurde geändert beschlossen.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, bat **Herr OB Koschig** die Mitglieder des **Haupt- und Personalausschusses, nach der Stadtratssitzung** noch an einer außerordentlichen Haupt- und Personalausschusssitzung teilzunehmen. Sollte ein Mitglied des Ausschusses nicht anwesend sein, bat Herr Koschig, einen anderen Vertreter der Fraktion zu entsenden.

3 Genehmigung der Niederschriften vom 10. und 11.07. sowie 28.08.2013

Zunächst stellte Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner die Niederschriften vom 10. und 11. Juli 2013 zur Abstimmung. Diese Niederschriften wurden mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 28. August wurde ebenfalls bei zwei Enthaltungen genehmigt.

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr OB Koschig ging auf den Berichtszeitraum vom 11. Juli bis 10. September 2013 ein.

Die in der **Sondersitzung des Stadtrates** am 28. August im Anhaltischen Theater Dessau verabschiedete **Resolution** wurde wie besprochen verteilt. Die Unterpunkte sind in Arbeit. Ein Arbeitstreffen mit Kultusminister Dorgerloh ist für den 5. November vereinbart. Die Vorbereitung auf die Theaterverhandlungen steht stark im Mittelpunkt unserer Arbeit, weshalb dies auch am Anfang seines Berichtes stehen müsse, merkte Herr Koschig an. Näher wolle er aber nicht auf dieses Thema eingehen, da es heute noch auf der Tagesordnung stehe.

Am 1. Oktober hat sich der **Sonderausschuss Hochwasser** sehr ausführlich mit der Auswertung des Hochwassers beschäftigt. Auch hier verwies Herr Koschig auf das noch in Erarbeitung befindliche Protokoll. In der nächsten Woche wird eine Beratung mit Vertretern der Stadt Aken unter Leitung von Bürgermeister Müller und OB Koschig stattfinden. Hier soll die zukünftige Zusammenarbeit besprochen werden.

Insgesamt wurden beim Land Schäden durch das Hochwasser in Höhe von 5,1 Mio. € angemeldet, wozu auch der Maßnahmenplan heute auf der Tagesordnung steht.

Mit der Teileröffnung des Besucherzentrums im Bauhaus am letzten Montag wurde auch der Dessauer Teil der **Triennale der Moderne** unter dem Motto „Labor der Moderne“ feierlich eröffnet. Über 30 Veranstaltungen finden am Wochenende statt, nachdem sich Berlin als „Metropole der Moderne“ und Weimar als „Wiege der Moderne“ präsentierten.

Zur Erschließung touristischer Potenziale haben sich die Bauhaus-UNESCO-Welterbestätten in einem „Arbeitskreis zur Erschließung der Welterbestätten der Moderne“ zusammengeschlossen. Ein erstes Ergebnis ist das Bauhaus Reisebuch, welches bereits im vorigen Jahr in London präsentiert werden konnte. Beginnend 2013 finden im 3-Jahres-Rhythmus die Jubiläen 90 Jahre Bauhaus Dessau im Jahr 2016 und 100 Jahre Bauhaus im Jahr 2019 und die Triennale der Moderne statt. Im Zusammenhang mit dem Masterplan Bauhausstadt habe Herr Koschig darüber bereits berichtet.

Ein besonderer Höhepunkt ist der Besuch von **Daniel Liebeskind** in unserer Stadt, berichtete Herr Koschig weiter. Der Stararchitekt wird sich dabei in das Gästebuch unserer Stadt eintragen.

Auf den Fortgang der Bauarbeiten an den **Meisterhäusern** wird in dem ausgereichten Bericht zur Beschlusskontrolle und Stand der Baumaßnahmen eingegangen. Das Gesamttouristische Informations- und Leitsystem ist Gegenstand der heutigen Tagesordnung.

In Auswertung des **Bauhausfestes** am 7. September wollen wir in zwei Workshops zu den Themen Struktur und Inhalte als Mitwirkende am Fest deutlich sichtbarer im Stadtraum inszenieren und Kunst- und Kreativszene dabei stärker einbinden.

Im Berichtszeitraum wurden **10 Personen eingebürgert**. Acht Personen stammten aus der Ukraine, eine Person aus Vietnam und eine aus der Türkei.

Im August d. J. erhielt die Stadt den **Zuwendungsbescheid für die energetische und allgemeine Sanierung** der Grundschule Ziebigk aus dem Förderprogramm STARK III, Gesamtkosten 950 T€. Weiterhin erhielt die Stadt aus dem gleichem Förderprogramm die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn für die energetische und allgemeine Sanierung der Sekundarschule „An der Biethen“ im zukünftigen Objekt Goethestraße 5 (Haus 2) im Stadtteil Roßlau. Die Gesamtkosten betragen 2,9 Mio. €. Unter dem TOP 6.3 wird dazu über die getroffene Eilentscheidung des OB zum vorzeitigen Maßnahmebeginn informiert.

Für den **Ersatzneubau Schwimmhalle** wurde fristgemäß zum 30. September der Fördermittelantrag gestellt. Der Stand der Umsetzung und die weiteren Verfahrensschritte sind Gegenstand der Informationsvorlage 317 des Amtes für Bildung und Sport, die am 17. Oktober im Bauausschuss und am 6. November im Kulturausschuss behandelt werden wird. Die WBD IPG wirbt zurzeit in Frage kommende Planungsbüros ein. In einer Anlaufberatung werden noch vor den Ausschusssitzungen die Verantwortlichkeiten weiter präzisiert und die Teilschritte terminlich untersetzt.

Die Stadt Dessau-Roßlau war nach 2011 und 2012 am 18. August zum dritten Mal Schauplatz des Finalspieltages des **Handball-Champions-Cup**. Mit von der Partie waren die Spitzenteams aus Europa und auch unser Dessau-Roßlauer HV. Im Finale siegten die Gäste aus Slowenien Gorenje Velenje gegen Dinamo Minsk aus Weißrußland.

Am 15. September fand zum bereits **15. Mal der Dessauer City-Lauf**, als die größte Breitensportveranstaltung der Stadt Dessau-Roßlau und in der Region statt. Insgesamt beteiligten sich an den 5 Läufen auf dem Kurs mitten in der City mit Start und Ziel zwischen Rathaus und Rathaus-Center mehr als 1.700 Laufbegeisterte, so viele wie noch nie. Hinzu kommen noch etwa 5.000 Zuschauer an der Strecke.

Die Radfahrerstadt Dessau-Roßlau präsentierte sich am 14. Juli, als hunderte Radbegeisterte auf **Familienfahrradtour** zum Waldbad gingen.

Unmittelbar zwei Tage (am 17. September) vor Beginn der **Volleyball-Europameisterschaften** in Polen und Dänemark fand in der Anhalt Arena das **Länderspiel** der Männer **Deutschland gegen Italien** statt und war somit quasi eine Generalprobe. In einem unglaublich spannenden und mitreißenden Spiel siegte die deutsche Nationalmannschaft vollkommen überraschend mit 3:0. Es war eine fantastische Atmosphäre in der Arena mit einer Superkulisse an einem Dienstagabend vor über 2.700 begeisterten Zuschauern.

Der Deutsche Volleyball-Verband zeigte sich äußerst begeistert.

Die **Seniorenwoche** der Stadt war vom 8. bis 15.09.2013. In diesem Jahr wurden in der Festwoche fast 120 Veranstaltungen an 37 Veranstaltungsorten angeboten. Die Veranstaltungen wurden federführend durch das Amt für Soziales und Integration und mit Unterstützung des Seniorenbeirates, vieler sozialer Einrichtungen und von Vereinen sowie Wohn- und Wirtschaftsunternehmen organisiert. Besonders zu erwähnen sind

- die Eröffnungsveranstaltung im Krötenhof
- das Seniorenforum „20 Jahre Seniorenbeirat der Stadt Dessau-Roßlau“
- Mitsingveranstaltung im Karstadt-Café
- die Seniorenmesse in der Stadtparkasse
- das Konzert im Anhaltischen Theater „Zauber aus Melodien“.

Leider mussten aber auch einige Veranstaltungen aus Mangel an Beteiligung abgesagt werden.

An dieser Stelle sprach Herr OB Koschig Herrn Dr. Reiche, dem Geschäftsführer der **Lebenshilfe geistig Behinderte Rottal** Dank für die geleistete Arbeit aus. Er wurde am 30. August in den verdienten Ruhestand verabschiedet.

Am 28. August besuchte uns **Minister Möllring** zu einem Arbeitsgespräch im Rathaus sowie einer Betriebsbesichtigung im WTZ in Roßlau.

In der Sitzung des Stadtrates am 26.09.2012 wurde der novellierte Stadtratsbeschluss zum **Infrastrukturprojekt im Bereich der Gewerbegebiete DHW Rodleben und Industriehafen Roßlau** gefasst. Mit dieser Beschlussvorlage hat die Stadt den Nachweis erbracht, dass das Projekt nur bei einer Förderquote von 80 % wirtschaftlich darstellbar ist. Die Kommunalaufsicht hat in ihrer Stellungnahme vom 29.10.2012 ebenfalls dargelegt, dass die Stadt nur bei diesem Fördersatz in der Lage ist, das Projekt zu finanzieren. In enger Abstimmung mit der Investitionsbank erfolgte die Präzisierung des Förderantrages.

Im Ergebnis von zahlreichen Gesprächen und einem umfassenden Schriftverkehr mit dem Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft unseres Landes liegt nun mit Datum vom 6. September 2013 die **Zustimmung des Ministeriums zum Fördersatz von 80 %** vor. Seitens des Oberbürgermeisters wurde daraufhin veranlasst, dass die Planungen, die ausgesetzt waren, weitergeführt werden können. Dies ist Voraussetzung für die baufachliche Prüfung. Die Verwaltung bereitet nun die erforderlichen Verträge unter Berücksichtigung der Vergabevorschriften vor. Aufgrund des aktuellen Projektstandes kann von einer Bauausführung von Mitte 2014 bis Ende 2015/Anfang 2016 ausgegangen werden.

Die Dessauer Kabelgesellschaft mit den Gesellschaftern Datel und unseren Wohnungsgenossenschaften hat am 2. Oktober mit dem ersten Spatenstich in der Schaftrift mit der **Verlegung von Glasfaserkabel** begonnen. Knapp 10 Mio. € werden hier in modernste Datenübertragungsmöglichkeiten investiert. Bei Umfragen unter Jugendlichen, was ihnen wichtiger wäre, ein Auto oder ein moderner und leistungsfähiger Internetanschluss, haben sich 2/3 für einen solchen Anschluss an das Internet entschieden.

Die IHK Halle-Dessau hat Ende August eine **Liste der beschäftigungsstärksten Industriebetriebe** unserer Region herausgegeben. Mit der DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH (1354 Arbeitsplätze) und der IDT Biologika GmbH (1.004 Arbeitsplätze) verfügt unsere Stadt über die mit Abstand mitarbeiterstärksten Betriebe der Region, die hier aus den Landkreisen Wittenberg, Anhalt-Bitterfeld, dem Altkreis Bernburg und unserer Stadt Dessau-Roßlau besteht. Es folgen Q-Cells mit 870 Mitarbeitern, auf Platz 9 unsere DVV mit 433 Mitarbeitern und die Rönner-Gruppe auf Platz 11 mit 420 Mitarbeitern. VEM liegt auf Platz 37 mit 220 Mitarbeitern.

Noch nicht unter den „Top 50“, aber nicht weit davon entfernt, ist die **Fa. Tyrolf und Uhle**, die am 3. August ihr 20jähriges Bestehen feiern konnte.

Am Montag, 4. November 2013, jährt sich zum **800. Mal** die urkundliche **Ersterwähnung von Dessau**. Im Rahmen eines „Jubiläumsabends“ wollen wir um 18.00 Uhr in der Dessauer Marienkirche nachstellen, wie es zu dieser Beurkundung kam. Mit der Unterstützung des Landesarchivs tauchen wir dann in die Zeit des Mittelalters ein. Dazu lud Herr OB Koschig alle herzlich ein.

In diesem Jahr jährt sich zum **75. Mal das Gedenken an die Zerstörung der jüdischen Synagoge** in Dessau, die Pogromnacht. Auf Grund des Sabbats findet das Gedenken nicht am Samstag, 09.11.2013, sondern am Sonntag, den 10. November 2013 statt. 14.00 Uhr gedenken wir im Rahmen einer Feierstunde in der Marienkirche all derer, die durch die Repressalien des Naziregimes zu Tode kamen, verfolgt wurden oder gezwungen waren, ihr Heimatland zu verlassen. An diese Schicksale erinnert ein Filmprojekt des Alternativen Jugendzentrums „Meine Mutter und Schwestern haben kein Grab“, das an diesem Tag zur Aufführung kommt. Im Anschluss sind alle eingeladen, das Gedenken an der Stele in der Askanischen Straße fortzuführen. Hierfür und für die traditionelle Kranzniederlegung am Volkstrauertag wurden heute den Mitgliedern des Stadtrates Einladungsschreiben übergeben.

Am 21. September hat die **Dessauer Moses-Mendelssohn-Stiftung** zur Förderung der Geisteswissenschaft getagt und die **Preisverleihung** im Februar außerordentlich gewürdigt. Ein neuer Preisträger wurde ausgesucht, zurzeit läuft das Nominierungsverfahren von Vorstand und Kuratorium. Die Preisverleihung sollte wieder während des Kurt-Weill-Festes stattfinden. Während dieser Sitzung wurde auch der Initiatorin und Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirates, Frau **Prof. Dr. Eva Engel-Holland** gedacht, die unlängst verstarb und am nächsten Montag beigesetzt wird. Ihr Andenken werden wir allzeit in Ehren bewahren.

Am **Tag der Einheit** fand an der Friedensglocke wieder die Ökumenische Einheitsfeier statt und morgen ist die 55. Aufzeichnung von ZDF@Bauhaus.de Anlass für eine Dankeschönveranstaltung im Bauhaus.

Das **Burgsommertheater** auf der Roßlauer Wasserburg war wieder ein großer Erfolg. Es gab eine Sommernacht-Fassung von Goethes Faust.

Der im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung empfohlene Dessau-Sommer mit der Festwoche des Kulturforums, dem Open-Air des Theaters und dem Bauhausfest könnte im nächsten Jahr um einen Orgel-Sommer erweitert werden. Gespräche dazu waren vielversprechend.

Als weitere Empfehlung sprach Herr OB Koschig das an diesem Wochenende stattfindende erste **A Capella Festival** in unserer Stadt „Vokalrausch“ aus. Organisiert wurde dieses von dem gebürtigen Dessauer Daniel Barke, der auch schon mehrfach auf dem Kurt-Weill-Fest zu erleben war.

Am Sonnabend erhält die Leipziger Schriftstellerin **Angela Krauß** in der Orangerie des Dessauer Georgiums den **Wilhelm-Müller-Preis 2013**.

Erstmalig führt der Stadtverband der Gartenfreunde am Samstag, 12. Oktober, im Stadtpark ein großes **Erntedankfest** durch. Dazu sind ebenfalls alle herzlich eingeladen. Mit dem Kleingartenverband verbinde uns eine fruchtbare Zusammenarbeit, gerade auch jetzt bei der Beseitigung der Hochwasserschäden.

Mit diesen Ankündigungen schloss Herr Koschig seinen Bericht und wünschte einen erfolgreichen Sitzungsverlauf.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Koschig gab folgende in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt:

- Klage auf Ersatz von Aufwendungen zur Beseitigung festgestellter Geruchsbelästigung in der Ganztagschule Zoberberg,
- Aufhebung des Verkaufsbeschlusses einer Teilfläche im Gewerbegebiet Dessau-Mitte,
- Verkauf einer Teilfläche im Gewerbegebiet Mitte, Teilgebiet 1,
- Verkauf von Grundstücken im Gebiet Schlachthof Dessau-Nord.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Ginskey, wohnhaft Alte Leipziger Straße 13, fragte, ob für die Interessengemeinschaft Hochwasserschutz, insbesondere für Herrn Noack, Frau Nöthen und Herrn Anders eine Auszeichnung erfolgen kann, da sie sich schon über lange Jahre für den Hochwasserschutz in Dessau-Roßlau einsetzen.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, erwiderte, diese Anregung aufzugreifen und in der Politik und Verwaltung darüber nachzudenken, da alle wissen, was der Hochwasserausschuss geleistet hat.

In den Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses bestehe im Tagesordnungspunkt Jubiläen und Ehrungen, die Möglichkeit, den Vorschlag von Herrn Ginskey aufzugreifen, bemerkte **Herr Oberbürgermeister Koschig**.

Des Weiteren bezog sich **Herr Ginskey** auf das Bauhausmuseum. Er merkte an, dass viele Bürger den vorgesehenen Platz gegenüber dem Gebäude der Hauptpost nicht schön finden, weil wieder etwas vom Stadtgarten verloren gehe. Herr Ginskey hatte im Bauhaus als Alternative die südliche Rasenfläche am Bauhaus selbst vorgeschlagen, worauf aber Herr Meister gesagt habe, dass dies nicht möglich ist, da sonst die Silhouette vom Bauhaus verloren geht.

Als dritten Punkt sprach Herr Ginskey das Wassertor in der Wasserstadt an. Hier müsse eine Brücke hin, gleich in Verbindung mit der Umgehungsstraße. Es sind 3,30 m Durchfahrtshöhe plus 1,20 m und somit 4,50 m von Oberkante Wasserstadtstraße bis Oberkante Nordumgehung. Hier könnte man das Wassertor mit anbringen, wie es an der Mühle ist, damit das gesichert ist.

Herr Thomas Hübner, wohnhaft in Dessau-Roßlau, Stadtweg 6 in Törten, bezog sich auf Glasfaser City und fragte, ob es detaillierte Ausbaupläne für die Menschen, die momentan überhaupt kein Internet haben, gibt, bevor man sich mit einem teuren LTE-Vertrag bindet.

Es gebe Ausbaupläne, bestätigte **Herr OB Koschig**, die momentan allerdings noch nicht die gesamte Stadt betreffen. Er bat darum, sich direkt an die Datel zu wenden, die dann sicher auch gern Auskunft geben wird.

Die Datel biete eine Interessentenliste an, merkte **Herr Hübner** an. Er habe sich dort eingetragen, habe aber noch nichts gehört. Ihn interessiere insbesondere der zeitliche Rahmen, wann die einzelnen Ausbaustufen realisiert werden, um eine Übersicht zu haben, ob man sich verändern müsste oder in seinem Tarif bleiben kann.

Das Präsidium nehme dies auf und werde es mit der Verwaltung abstimmen, erklärte **Herr Dr. Exner**. Es sei zu überlegen, ob eine entsprechende Veröffentlichung im Amtsblatt vorgenommen werden könnte.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Prüfungsergebnis des Verwendungsnachweises des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten des Jahres 2012

Vorlage: IV/033/2013/I-DKT

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten 2013

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf den schriftlich vorliegenden Bericht und das an die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Falkensteiner, Fragen gestellt werden könne.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies auf die anschaulich aufbereitete Fleißesarbeit. Er bat um Ausführungen, wo der Schwerpunkt der Herausforderungen für die Zukunft in der Frage der Gleichstellung liegt.

Frau Falkensteiner, Gleichstellungsbeauftragte, führte aus, Statistiken seien immer interpretierbar, aber eine wichtige Arbeitsgrundlage, die auch zeige, wo in Dessau-Roßlau spezielle Ansatzpunkte sind. Sie habe sich bewusst an den Gleichstellungsatlas der Bundesrepublik orientiert, um zu sehen, wo die Stadt steht.

Ihr Bericht konzentriert sich auf 4 Schwerpunktthemen: Partizipation, Frauen in Führungspositionen, Bildung und Arbeitsmarkt. Als Beispiel zum Thema Partizipation könne man den Stadtrat anführen, wo ein Frauenanteil von 30 % besteht. Anzustreben wäre aus ihrer Sicht eine Parität. Eine wesentliche Aufgabe zur nächsten Kommunalwahl sei es, speziell junge Frauen für das kommunalpolitische Engagement zu begeistern, sowohl wählen zu gehen als auch sich für ein Mandat zur Verfügung zu stellen. Alle Fraktionen seien informiert worden, dass in diesem Jahr eine Veranstaltung mit jungen Frauen und Mädchen zu diesem Thema stattfindet.

Der zweite Schwerpunkt, Frauen am Arbeitsmarkt, sei ein großes Thema. Unterbeschäftigung, Teilzeitbeschäftigung und Beschäftigung in Minijobs seien eine Domäne von Frauen.

Ein weiterer Schwerpunkt sei die Integration zugewanderter Frauen in den Arbeitsmarkt. Seit April vergangenen Jahres bestehe ein Gesetz, einen ausländischen Berufsabschluss anerkannt zu bekommen, was gut strukturiert ist. Das heißt nicht, dass sie Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Diese Frauen zu begleiten, ihre Deutsch-

kenntnisse zu verbessern, ihre Forderungen, auch gegenüber dem Jobcenter usw. durchzusetzen, seien dabei Schwerpunktaufgaben.

Zum Thema Bildung verwies Frau Falkensteiner darauf, dass die Zahl der Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, bei den Jungen gegenüber dem Durchschnitt im Land überproportional groß ist. Es gebe seit Jahren die Arbeitsgruppe Jungenarbeit, worüber im Jugendhilfeausschuss schon einmal berichtet wurde. Verschiedene Ansätze, Projekte und Ideen wurden gemeinsam mit dem Bildungsbericht bei Lernen vor Ort verfolgt, wo man sehen kann, wo die Bildungserfolge von Jungen verbessert werden können. Der Bericht sei ein Arbeitspapier, woraus sie ihre persönlichen Schwerpunkte setzen kann.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legte dar, ihm fehlen die Zusammenfassung, die Vorausschau und die Schwerpunktprojekte für das kommende Jahr. Welche Fortschritte gibt es in der Arbeit? Dies könne man in einer Zusammenfassung ergänzen, dann lasse sich auch dort andocken für die Arbeit der nächsten Zeit. Er dankte Frau Falkensteiner für die geleistete Arbeit.

Frau Falkensteiner dankte für die Anregung. Jedoch sei es kein ausschließlicher Tätigkeitsbericht, denn dann hätte sie nur über die Arbeit im vergangene Jahr und was sie im nächsten Jahr machen werde berichtet. Ihr war wichtig zu sagen, ist Gleichstellung messbar, an welchen Indikatoren kann das Thema festgemacht werden und wo liegen wir als Stadt. Mit dem Bericht sollten mehr Informationen an die Hand gegeben werden und die Information, dass an den Themen gearbeitet wird. Wenn eine Vorausschau für das nächste Jahr gewollt ist, könne sie diese zuarbeiten, jedoch würde diese nie komplett. Sie gehe spontan und auf aktuelle Situationen zugeschnitten an Projekte heran, wo heute nicht gesagt werden kann, was im nächsten Jahr gemacht werde.

6.3 Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses zur Sanierung der Sekundarschule „An der Biethe“ am zukünftigen Standort Goethestraße 5, Haus 2. Vorlage: BV/293/2013/V-40

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, sprach eine Einladung zur Gedenkveranstaltung „Lieder gegen das Vergessen“ am 9.11.2013, 17.00 Uhr, in die Marienkirche aus. Das Programm werde gestaltet von Bürgern der Interessengemeinschaft und soll das Gedenken an die Pogromnacht von 1938 wach halten. Hierin spiegelt sich die gesamte Sozialstruktur der Stadt wider, sowohl im Alter als auch in der Zusammensetzung der Programmauswahl. Er würde sich freuen, alle zu diesem 20. Jubiläum begrüßen zu dürfen.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, bezog sich auf das letzte Amtsblatt und stellte an den Oberbürgermeister die Frage, ob er zu den Widersprüchen, die eingegangen sein sollen, öffentlich etwas geäußert hat. Im gehalten Bericht erfahre man manches leider nicht. Alle wissen, dass am 10.07.2013 im Stadtrat die Unzulässigkeit eines

Bürgerbegehrens beschlossen und im nächsten Amtsblatt veröffentlicht wurde. Er verwies auf die vierwöchige Einspruchsfrist, die durch hunderte Einwohner auch genutzt wurde, um beim Oberbürgermeister einzeln Widerspruch einzulegen. Sie haben aber keine Eingangsbestätigung oder Zwischenbescheid erhalten. Es sei bedauerlich, dass Herr Koschig im Punkt „Informationen über wesentliche Angelegenheiten der Stadt“ nicht darüber berichtet hat. Die Stadträte haben ein Recht darauf zu erfahren, dass überhaupt 200 bis 300 Widersprüche, aus denen auch Klagen kommen können, eingegangen sind. Die Bürger haben auch ein Recht darauf, wenigstens in der öffentlichen Stadtratsitzung eine Information darüber zu erhalten, wie es mit den Widersprüchen weiter geht. Er bat den Oberbürgermeister um diesbezügliche Äußerungen.

Erwidernd legte **Herr Oberbürgermeister Koschig** dar, die 256 eingegangenen Widersprüche wurden zuständigkeitshalber an das Landesverwaltungsamt weitergeleitet und die Bürgerinitiative darüber informiert.

7 Beschlussfassungen

7.1 Wahl der ehrenamtlichen Richter beim OVG Magdeburg Vorlage: BV/231/2013/II-30

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass nur eine Beschlussfassung zu den Listen erforderlich ist.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.2 Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss Vorlage: BV/232/2013/II-30

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die zu Beginn der Sitzung ausgereichte Ergänzungsliste. Auch hier sei nur eine Beschlussfassung nötig.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.3 Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen Vorlage: BV/229/2013/II-30

Zu dem Vorschlag des Stadtratsvorsitzenden, Herrn Dr. Exner, dieses im Block abzustimmen, bestand seitens der Stadträte kein Widerspruch.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.4 Gestalterische Vollendung des Denkmals Friedensglocke
Vorlage: BV/206/2013/I-OB

Herr Ehm, CDU-Fraktion, erklärte sich befangen und nahm an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 27:09:00

7.5 Termine Oberbürgermeisterwahl 2014
und Benennung Stadtwahlleiter
Vorlage: BV/242/2013/I-OB

Die Beschlussvorlage wurde seitens des Oberbürgermeisters zurückgezogen.

7.6 Gesamtmaßnahmeplan zur Beseitigung von Hochwasserschäden
in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/274/2013/I-OB

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, führte aus, die Liste beinhalte keine genauen Angaben, nur die Benennung der Orte. Vor allem sei ihm die Erneuerung eines kleinen Teils eines Fußweges zwischen Jonitzer Mühle und Wasserstadt aufgefallen, die inzwischen abgeschlossen sei. Er fragte, ob die anderen Schäden, die in diesem Fußweg auf derselben Seite noch sind, noch behoben werden. Bedauerlich finde er, dass es offensichtlich nicht möglich war, in diesem Zuge den Fußweg um 20 cm zu verbreitern, was ermöglicht hätte, dass neben einem Kinderwagen noch ein Erwachsener ordentlich hätte gehen können. Wichtiger sei aber die Sanierung der restlichen Schäden. Mindestens eine Betonplatte ist so eingesackt, dass es für Radfahrer gefährlich ist.

Des Weiteren bezog er sich auf einen relativ hohen Kostenstand für die Beseitigung von Schäden an Gebäude und Freianlage Rehsumpfbad. Nachdem der Nutzer das aufgegeben hat, stelle sich die Frage, ob es nicht Sinn mache, einen Rückbau zu betreiben, anstatt 100 T€ zu investieren. Im Bereich der Kleingärten wurden solche Überlegungen zu Ende geführt.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, erhielt das Wort und sagte eine Prüfung zu.

Zur Frage Rückbau Rehsumpf, legte **Herr Bekierz, Leiter des Zentralen Gebäudemangements**, dar, es sind die Schäden aufgenommen und beschrieben worden. Wie die Maßnahme letztlich aussehen wird, sei damit nicht festgelegt worden. Überlegungen, dort Veränderungen durchzuführen, sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgestimmt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01

**7.7 Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes zur überörtlichen Prüfung der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Schwerpunkt: "Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Theater" hier: Anhaltisches Theater - Eigenbetrieb der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/179/2013/I-ATD**

Die Stellungnahme zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 17.06.2013 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**7.8 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zum 31.12.2012
Vorlage: BV/199/2013/I-ATD**

Der Beschluss zum Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**7.9 Entlastung der Betriebsleitung des Anhaltischen Theaters Dessau für das Jahr 2012
Vorlage: BV/200/2013/I-ATD**

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau wird für das Jahr 2012 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**7.10 Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/202/2013/II-EB**

Der Beschluss zum Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Stadtpflege Dessau wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**7.11 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2012
Vorlage: BV/203/2013/II-EB**

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau wurde für das Jahr 2012 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**7.12 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten
Vorlage: BV/195/2013/I-DKT**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

7.13 Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa)
Vorlage: BV/266/2013/I-DKT

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bat um Erläuterung zu der auf der Titelseite sich ergebenden Diskrepanz zwischen noch aufgemachten zusätzlichen Forderungen gegenüber der Stadt und einem Jahresgewinn von 100 T€, da eine Kindertagesstätte in der Regel nicht auf Gewinn ausgelegt sei.

Es sei richtig, dass Mittel im Jahr 2012 nicht verausgabt wurden, stellte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler** fest. Diese seien in Bezug auf das, was an Geldern im Eigenbetrieb DeKiTa zu bewegen ist, keine Größenordnung und weniger als 0,5 %. Deshalb wurde ein Beschluss zur Zweckbindung dieser Mittel für eine Investition in ein Zeiterfassungssystem gefasst. Nach den geltenden Regularien gibt es keine Diskrepanz. Inwieweit die Frage, dass die Förderrichtlinie eine solche Entwicklung zulässt, in den nächsten Jahren noch einmal zum Problem wird, werde mit dem Dezernat 2 diskutiert. Es müsse natürlich darüber geredet werden, wie mit solchen Entwicklungen verfahren wird. Man werde sehen, wie die Förderrichtlinie auf den Prüfstand gestellt oder ob ein anderes Regularium gefunden wird zwischen dem Träger des Eigenbetriebes und DeKiTa.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

7.14 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa) für das Jahr 2012
Vorlage: BV/267/2013/I-DKT

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.15 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2012
Vorlage: BV/262/2013/II-20

Als befangen erklärten sich Herr OB Koschig, Herr Dr. Stefan Exner, Herr Frank Hoffmann, Herr Steffen Schröter, Herr Rainer Maloszyk als Mitglieder des Verwaltungsrates sowie Herr Manfred Bähr. Sie nahmen nicht an der Beratung und Beschlussfassung in diesem Tagesordnungspunkt teil.

Herr Dr. Exner übergab die Leitung der Sitzung an Frau Storz.

Frau Storz, 2. Stellvertreterin des Stadtratsvorsitzenden, stellte fest, dass es keine Wortmeldungen gab und brachte die Vorlage zur Abstimmung.

Der Stadtrat sprach die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2012 aus.

Abstimmungsergebnis: 29:01:01

**7.16 Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Durchführung der Wochenmärkte in der Stadt Dessau-Roßlau ab 01.04.2014, u. a. Änderung der Gebührentarife 16.3 und 16.4 der Sondernutzungssatzung
Vorlage: BV/159/2013/II-32**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:02

**7.17 Strukturvorschlag Anhaltisches Theater Dessau
Vorlage: BV/310/2013/CDU**

Herr Oberbürgermeister Koschig brachte zum Ausdruck, dass mit der vorliegenden Beschlussvorlage der Fraktionen die Weichen dafür gestellt werden, dass spätestens bis zum 25. Oktober 2013 ein Strukturvorschlag vorliegen soll, mit dem die Stadt Dessau-Roßlau in die Verhandlungen über die Theaterförderung ab 2014 mit dem Land Sachsen-Anhalt eintreten kann und soll. Um die Frage zu beantworten, ob das wirklich mit dem nunmehr vom Stadtrat vorgegebenen Rahmenbedingungen erreicht werden kann, gab Herr Oberbürgermeister Koschig einen Rückblick auf die Ausgangslage, um den Bogen zu den derzeitigen Optionen zu spannen.

Nicht das Land, sondern wir haben im Frühjahr dieses Jahres einen Gutachter beauftragt, mögliche Szenarien für das Theater zu prüfen. Dies wurde vor dem Hintergrund kontinuierlich steigender Kosten für den Theaterbetrieb einerseits und sinkender Einnahmen der Stadt aufgrund Demografie andererseits sowie einer statischen Bezuschussung durch das Land über einen auf 4 Jahre festgeschriebenen Festbetrag, getan. Dafür habe man mit der International Consulting Group (ICG) ein besonders renommiertes Unternehmen gewonnen.

Er fasste die wesentlichen Aussagen des Gutachtens der ICG zusammen:

1. Wenn die Stadt als Träger des Theaters nichts unternimmt, würde selbst bei Beibehaltung der Zuschusshöhe durch das Land von derzeit 8,1 Mio. € der Zuschuss der Stadt bis 2018 von 8,0 Mio. € auf über 10 Mio. € pro Jahr steigen.
2. Effizienzreserven in erheblichem Umfang innerhalb des Theaterbetriebes sind nicht mehr vorhanden. Das Anhaltische Theater betreibt ein 4-Spartenhaus unter dem Aspekt der Größe des Hauses mit minimalem Aufwand bei maximaler Qualität. Unser Theater hat das beste Opernhaus außerhalb der großen Metropolen Deutschlands, mehrere Theaterpreise bestätigen das.
3. Einnahmeverbesserungen aus der Erhöhung von Eintrittspreisen können nicht in wesentlicher Höhe und dauerhaft eintreten. Bei einem Anteil von 10 % an den Gesamteinnahmen würde selbst eine Preissteigerung von 20 % nur zu einer maximalen Ergebnisverbesserung um 2 % führen, was auch nicht jährlich wiederholbar wäre.
4. Wesentliche Einsparungen sind nur über Strukturveränderungen und einem damit verbundenen Spartenabbau möglich. Ein denkbare Szenario, nämlich der Erhalt des traditionsreichen und überregional sehr erfolgreichen Musiktheaters benötigt nach dem Strukturanpassungsprozess immer noch ein Budget von 15,7 Mio. € jährlich.
5. Weitere mögliche Einsparungen durch die Verkleinerung des Ensembles Sängerkorchor, Orchester sind im geringen Umfang noch möglich. Vorausset-

zung wäre jedoch der vollständige Wegfall der Sparten Schauspiel und Ballett und damit auch keine Kosten für eine Bespielung durch Dritte. Mit der vom Land vorgegebenen Budgethöhe ab 2014 in Höhe von 5,2 Mio. € und den Zuschüssen der Stadt in Höhe von 8 Mio. € sowie maximal möglichen Eintrittsgeldern in Höhe von ca. 1,2 Mio. nur für das Musiktheater, stehe ein Budget in Höhe von 14,4 Mio. € zur Verfügung. Damit stehe man vor der Herausforderung, dass wir ein Musiktheater ausgabeseitig mit einem Maximalbudget von 14,4 Mio. € darstellen müssen.

Aus Sicht des OB bestehen dabei folgende dringende Aufgaben:

Die Theaterleitung des Anhaltischen Theaters muss umgehend vorlegen, welche weiteren Möglichkeiten zur Kostenreduzierung und Kooperation möglich sind, um den Kostenrahmen für ein Musiktheater einzuhalten. Diesen Auftrag habe die Leitung auch erhalten. Die Kosten für den Strukturanpassungsprozess Abfindungen, Sonderabschreibungen und die Zeitschiene müssen konkret dargestellt werden.

Mit diesen Voraussetzungen wäre man in der Lage in Verhandlungen mit dem Land Sachsen-Anhalt zu treten. Nur wenn wir selbst ein schlüssiges Konzept vorlegen, können wir Verhandlungen mit dem Land über Theaterförderverträge ab 2014 führen. Und nur wenn wir in diese Verhandlungen eintreten können, können wir über einen Strukturanpassungsfonds, über die zeitliche Streckung der Kürzung und über die Kosten des Tarifausstiegs verhandeln. Die Landesregierung hat der Stadt gegenüber mehrfach verdeutlicht, dass sie vom Träger des Theaters erwartet, dass er seine Planungen auch unter dem Blickwinkel der eigenen Leistungsfähigkeit vorlegt.

Deshalb werden folgende Handlungsoptionen beleuchtet:

Wir legen kein schlüssiges Angebot der Stadt vor, damit komme es zu keinen Verhandlungen. Das bedeutet, wir haben überhaupt keinen Zuschuss vom Land, auch nicht 5,2 Mio. € und müssen zusätzlich noch einen Aufwuchs aus dem Ausstieg aus dem Haustarifvertrag in Höhe von 2,1 Mio. € verkraften. Es werde über ein laufendes Defizit in Höhe von 10,2 Mio. € pro Jahr gesprochen, was der Supergau wäre. Oder es werde ein Konzept vorgelegt, in dem ein funktionsfähiges Musiktheater mit den entsprechenden Kosten unterlegt ist und verhandelt hierüber mit dem Land.

Dabei sind folgende Schwerpunkte zu beachten:

- Auskömmlichkeit der laufenden Förderung,
- Verschiebung der Kürzungen um 2 Jahre,
- angemessener Anpassungsfonds und
- Kosten aus dem Tarifausstieg.

Können diese Verhandlungen nicht erfolgreich geführt werden, droht dem Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau immer noch ein zusätzliches Defizit von über 7 Mio. €, was die zweit schlechteste Lösung wäre, oder im besten Fall erreicht man in den Verhandlungen den Erhalt des Musiktheaters sowie eine Entlastung von den Kürzungen für 2 Jahre sowie die Übernahme der Strukturanpassungskosten durch das Land und jenen finanziellen Spielraum für Kooperationen und Gastspiele im Rahmen des Gastspiels und Ballett. Aus seiner Sicht gebe es hierzu keine Alternative, man brauche immer noch gewaltige politische Unterstützung.

Nichts habe ihn in den letzten Monaten in Gesprächen mit den Landespolitikern zu der Überzeugung kommen lassen, dass es irgendeine politische Mehrheit im Landtag dafür gibt, die Theaterkürzungen zurückzunehmen oder das ehemalige herzogli-

che Hoftheater, das frühere Landestheater in ein Staatstheater oder gar alle 3 Theater der Oberzentren Sachsen-Anhalts in ein Staatstheater mit 3 Spielstätten zu überführen. In den Gesprächen habe ihn nichts zu der Überzeugung kommen lassen, dass es irgendeine politische Mehrheit dafür gibt, Kulturregionen zur Definition der kulturellen Daseinsfürsorge in oberzentralen Einzugsgebieten zu beschließen. Im ersten Entwurf des Landeskulturkonzepts Strategiepapier 2025 schaut das Kultusministerium in die Zukunft unseres Theaters, Herr Koschig zitierte: „Das Anhaltische Theater Dessau steht vor den größten strukturellen und finanziellen Herausforderungen. Das Oberzentrum Dessau-Roßlau weist eine rückläufige Einwohnerentwicklung auf. Gemessen an dieser Situation muss der Träger des Dessauer Theaters kein überdimensioniertes Haus unterhalten.“

Wenn das alles so ist, müsse man sich selbst fragen, ob ein stetes Beharren wirklich erfolgversprechend ist. Wir haben es zumindest teilweise immer noch selbst in der Hand. Herr Koschig werde daher auch an den Oberbürgermeister von Magdeburg ein Gesprächsangebot über Kooperationen im Theaterbereich unterbreiten und gleichzeitig mit den Landkreisen noch einmal die Gespräche über eine gemeinsame Trägerschaft des Theaters aufnehmen. Diese Schreiben sind bereits verfasst. Jetzt appelliere er aber an die Stadträte, sich offensiv in Richtung Landesregierung mit einem Vorschlag zu bewegen, der den wichtigsten Teil unseres Theaters, nämlich das Musiktheater, für die Zukunft sichert und uns außerdem unsere Handlungsfähigkeit als Stadt und Träger durch einen genehmigungsfähigen Haushalt 2014 und Folgejahre erhält. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir viele wichtige Projekte, die für die Stadt von entscheidender Bedeutung sind, nicht bzw. nicht rechtzeitig beginnen können. Er bitte, das alles bei der Bewertung der Szenarien für die Zukunft des Theaters zu bedenken.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, legte dar, die von Herrn Oberbürgermeister Koschig deutlich dargestellte Situation sei allen bewusst. Der eingereichte Vorschlag der Fraktionen für diesen Beschluss, widerspreche nicht dem, was der Oberbürgermeister heute gesagt hat. Man wolle aber bestimmte Dinge noch einmal auf den Punkt gebracht haben. Es liege in der Hand des Oberbürgermeisters, die Gespräche mit den Landräten zu führen. Solange ihm ein Stadtrat sagt, dass Landräte bereit sind, in einen Verbund auf freiwilliger Basis mit Vertrag einzusteigen. Wenn das Land dann mitspielt, sei es eine Verhandlungsoption, die man ausloten muss. Ist das nicht möglich, weil sie sich verweigern, was er annehme, bleibe nur der Weg, ein Musiktheater zu sichern. Wir haben es trotzdem in das Stammbuch der Verwaltung und der Theaterleitung geschrieben und dazu gebe es Arbeitsaufträge, auch noch einmal zu untersuchen, inwieweit auch etwas Schauspiel unter Einbeziehung der freien Theatergruppen evtl. zu sichern ist. Durch Kooperationen soll das alles auch noch ausgeweitet werden, um Kosten über Kooperationen zu sparen. Diese seien sicherlich nicht ohne Weiteres zu bekommen und nicht auf die Schnelle, aber der Weg müsse gegangen werden, um das auszuloten. Das schreibe auch der Kulturkonvent, dass die Kooperationen geprüft und vertieft werden sollen. Insofern zielt der Beschlussvorschlag auf eine Arbeitsgrundlage, die festschreibt, dass wir ein eigenständiges Regionaltheater und nicht Spielstätte eines anderen Theaters sein wollen.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, legte um Missverständnisse zu vermeiden dar, dass zu dem eingereichten Beschlussvorschlag ein Änderungsantrag aller Fraktionen des Stadtrates vorliege. Er wisse nicht, inwieweit das schon mit berücksichtigt wurde. In

diesem Änderungsantrag sei das was Herr Oberbürgermeister Koschig Vorgeslagene enthalten bzw. der Beschlussvorschlag stehe dem nicht entgegen.

Der geänderte Beschlussvorschlag sei zu Beginn der Sitzung an alle Stadträte ausgereicht worden, bestätigte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkte an, die Sorge des Oberbürgermeisters nachvollziehen zu können. Was heute passiert sei insofern unterstützungswürdig, dass Verwaltung, Stadtrat und Theaterleitung Schulterschluss herstellen mit dieser Beschlussvorlage. Aus diesem Grunde unterstützt die Fraktion ausdrücklich das Unterfangen dieser Vorlage.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**7.18 Grundsatzbeschluss zum touristischen Infrastrukturvorhaben:
„Gesamttouristisches Leit- und Informationssystem“
Vorlage: BV/251/2013/VI-80**

Herr Weber, CDU-Fraktion, bemerkte, die aufgezeigte Gegenfinanzierung habe einiges in sich. So sollen die Durchlässe des Flugplatzgrabens zurückgestellt werden. Im Zusammenhang mit der Hochwassersituation habe man aber die Notwendigkeit erkannt, dass gerade im Flugplatzbereich in den Gräben etwas gemacht werden müsse. Herr Weber fragte, wenn diese Maßnahmen zurückgestellt werden, ob die anderen Maßnahmen trotzdem in der Zukunft gesichert bleiben und ob es inhaltlich verantwortet werden kann, das jetzt noch zeitlich herauszuschieben.

Herr Beigeordneter Hantusch entgegnete, dass man bei dem touristischen Informations- und Leitsystem die letzte Chance habe, im Bereich der touristischen Infrastruktur noch einmal Fördergelder zu akquirieren. Deshalb habe man einen nicht ganz ausformulierten Beschluss als Grundsatzbeschluss vorgelegt, um sie zu sichern. In der OB-Dienstberatung habe man das, wohl wissend, dass das Haushaltsjahr 2014 schwierig werden wird, besprochen. Um sichtbar zu machen, in welcher Konkurrenz dieser Beschluss mit anderen Beschlüssen besteht und anderen Haushaltsanmeldungen, sei der Wunsch des Dezernates II gekommen, mögliche Konkurrenzprojekte darzustellen. Man habe eine erhebliche Überzeichnung der Eigenmittel bei den Konkurrenzprojekten im Gegensatz zu den Eigenmitteln, die wir benötigen im Bereich des vorliegenden Beschlusses, so dass es darum geht, möglicherweise entsprechende Verzögerungen herzustellen, d. h. eine Streckung in die Jahre hinein. Das heiße nicht, dass die Vernässung ganz herausgenommen wird. Es obliege den politischen Gremien zu sagen, wie soll damit verfahren werden. Es bestehe aber die Möglichkeit, Maßnahmen zu strecken, um diese Fördergelder im Rahmen des Beschlusses Masterplan Bauhaus zu sichern.

Seine konkrete Frage war, ob die anderen Maßnahmen trotzdem in die Zukunft hinein gesichert bleiben und sind sie inhaltlich tatsächlich in dieser Form zurückzuschieben, wiederholte **Herr Weber**. Speziell wurde die Frage Flugplatzgrabensystem genannt, was ein drängendes Thema sei. Auch denke er an den Hafen, wo in den letzten Monaten darum gekämpft wurde, dass man in den Investitionen weiterkommt. Er frage, ob es vertretbar ist, diese Maßnahmen zurückzustellen. Werden sie trotz-

dem noch kommen und bleibt die Finanzierung, auch wenn sie gestreckt wird, für die anderen Maßnahmen gesichert.

Die Frage müsse letztendlich der Stadtrat oder die Ausschüsse, d. h. die Politik entscheiden, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Wir sagen nur, dass wir hier eine Möglichkeit sehen, in der touristischen Infrastruktur noch einmal Fördergelder zu sichern. Jetzt obliege es den politischen Gremien zu sagen, was ihnen wichtiger ist. Wir versuchen natürlich eine Streckung der Mittel, d. h. das Eintakten dieser Maßnahme in die anderen Maßnahmen hinein. Das werde unterjährig, wie wir es jetzt auch haben, zu Verschiebungen führen. Er nenne hier in diesem Jahr die Muldebrücke, wo 6,7 Mio. € nicht verausgabt werden. Hier habe man einen Anteil von 300 T€ Eigenmittel, so dass wir sagen, diese 300 T€ versuchen wir unterjährig so zu staffeln, dass wir auch dieses Projekt machen können. Es stehen gewaltige Herausforderungen vor uns. Es müsse immer die Konkurrenzsituation der einzelnen Projekte betrachtet werden.

Herr Mau, CDU-Fraktion, erklärte zu der Umschichtung von Eigenmitteln zu Lasten anderer Maßnahmen, dass man bei der Gesamtmaßnahme Hafen schon seit 2011 dränge, dass sie endlich stattfindet. Das sei das einzige Industriegebiet, was weiterentwickelt werden könne. Die Brücke sei allein schon stark marode und es gebe Fördermittelzusagen 80/20, um diese Maßnahmen komplett durchzuführen, Goetheschule, Vernässung und Brückenbauwerk. Das Brückenbauwerk sei lebenswichtig für den Hafen, für das Industriegebiet THW und Herr Mau fragte, ob es Probleme gibt oder nicht.

Zum Hafen und hier zum Bauwerk 104 sehe er keine Konkurrenzsituation, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Sollten wir den Bewilligungsbescheid und den vorzeitigen Maßnahmebeginn für die Brücke bekommen, sollte die Brücke auf jeden Fall gemacht werden, weil sie enorm wichtig ist für das THW, bestätigte er. Man müsse aber sehen, dass es immer wieder unterjährig zu Verschiebungen kommt. Diese Verschiebungen versuche man auszunutzen und zu sagen, ja, wenn der Masterplan Bauhaus wichtig ist, dann sei es die letzte Chance und wir haben im Moment einen ausgesprochen guten Lauf, was die Triennale und das Ausstellungszentrum angeht. Deshalb tue es der Stadt gut, wenn wir ein Informations- und Leitsystem in dieser Stadt installieren. Wenn der Stadtrat allerdings nein sagt, seien die Fördermittel für die nächsten Jahre weg, denn es gebe keine Förderung der touristischen Infrastrukturen.

Es sei aber auch die Frage, wie hoch die Investitionsmittel für das Haushaltsjahr 2014 ff sind. Sie werden von der Kämmerei mit vorgegeben und irgendwann vom Stadtrat beschlossen. Da er diese nicht kennt, könne er keine abschließende Aussage machen, ob es zu Verwerfungen innerhalb der Projekte kommt. Das werde erst in den Haushaltsdebatten stattfinden. Er empfehle, jetzt zu beschließen. Innerhalb der Haushaltsberatungen können die Projekte immer noch anders gestaltet werden.

Herr Dreibrod, SPD-Fraktion, schloss sich der Kritik der CDU-Fraktion an. Hier werde ein übliches Mittel strapaziert, es sei die letzte Chance, wenn nicht jetzt, dann nie. Bei den zusätzlichen Maßnahmen, für den Masterplan Bauhaus 376 T€, werde sehr detailliert aufgelistet, wofür das zusätzliche Geld verwendet werden soll. Für die andere Seite, wem nehme ich es weg, haben die Stadträte nur die Information, dass

Investitionen in der Wirtschaft und Bildung genannt werden. Wer aber was bekommt und wer weniger bekommt, darüber könne man sich nachher streiten.

Es könne nicht verlangt werden, dass wir hier sagen, es tut der Stadt ausgesprochen gut, wenn wir ein touristisches Informationssystem hier und jetzt so schnell wie möglich bauen. Es tue der Stadt auch sehr gut und es sei wichtig, eine marode Brücke vor dem THW, die überfällig ist, zu sanieren. Das Thema Muldebrücke kennen wir alle. Für die Wirtschaft sei wichtig, dass sie in Ordnung gebracht wird. Es sei auch wichtig, dass wir die Investitionen für die Bildung nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Es werde in der Vorlage gesagt, „die Einordnung dieser zusätzlichen Maßnahme ... erfordert eine Umschichtung von Eigenmitteln zu Lasten anderer Maßnahmen, die in ihrer Umsetzung in spätere Jahre zurückzustellen sind.“ Das sei eine klare Aussage, d. h. wir wissen nicht wann, aber bestimmte Maßnahmen werden um Jahre nach hinten geschoben. Deshalb könne Herr Dreibrodt dieser Vorlage nicht zustimmen.

Sein Unverständnis zu dieser Aussage äußerte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Er verwies auf den Beschluss im Stadtrat zum Masterplan Bauhaus. In diesem sind Projekte genannt. Die Verwaltung habe eins dieser Projekte aufgefasst und versucht, hierfür noch Fördermittel abzugreifen von der Landesregierung, die es später nicht mehr geben wird. Insofern sei es ein Selbstverständnis der Verwaltung, gefasste Beschlüsse des Stadtrates umzusetzen. Wenn einem Stadtrat diese Vorlage nicht gefällt, brauche er nicht zustimmen.

Es wurde versucht, aus dem jetzigen Stand heraus so viel Transparenz wie möglich zu schaffen, indem gesagt wird, hier gibt es möglicherweise noch Fördergelder in beträchtlicher Höhe, die es später nicht geben wird, versetzt uns in die Lage, diese Fördermittel abzugreifen. Gleichzeitig werde aber auch, insbesondere auf Bitte des Dezernates II, Transparenz gegeben, wie sieht die Situation in den nächsten Wochen und Monaten aus, wissend das erhebliche Gelder vom Land gestrichen wurden. Insofern sei es ein normaler Prozess und ein Selbstverständnis zwischen Verwaltung und Politik. Wir setzen einen Beschluss um, geben den Stadträten eine Vorlage und sagen in dieser, möglicherweise gibt es Konkurrenzprojekte. Es liege an den Stadträten, die Vorlage zu beschließen oder nicht. Es gibt die Möglichkeit, der Verwaltung zu folgen, indem die Verwaltung den Vorschlag macht, zu beschließen und in den Haushaltsberatungen zu schauen, bekommen wir das Projekt untergebracht, ohne dass andere wichtige Projekte verschoben werden müssen. Herr Hantusch bat um Zustimmung und dann in den Haushaltsberatungen zu sehen, ob man es hinbekommt.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, appellierte, der Vorlage zuzustimmen. Man wolle einen Masterplan Bauhausstadt, diesen mit Leben erfüllen und ihn schnell auf den Weg bringen. Dann müsse man auch ein touristisches Leitsystem dafür entwickeln. Die Fördermittel werden in den nächsten Jahren überall zurückgehen, was allgemein bekannt ist. Was abgefasst werden kann, müsse abgefasst werden und das hier sei eine Möglichkeit.

Er schlage allerdings vor, um im **Beschlusstext** deutlich zu machen, dass wir nicht unbedingt alles ausgeben müssen. Dazu sollte man das Wort „**höchstens**“ 940 T€ **einfügen**. Damit werde deutlich, dass es auch billiger werden kann. Er werbe dafür, nicht ein Vorhaben gegen das andere aufzurechnen. Wenn wir feststellen, dass wir die Fördermittel für alle anderen Projekte in den nächsten Jahren auch bekommen

und es sollte am Eigenanteil scheitern, müsse für diese Summe ein Kredit aufgenommen werden. Davon gehe die Stadt nicht kaputt, aber die Fördermittel können nicht liegengelassen werden. Der Vorlage sollte zugestimmt und nicht rückwärts diskutiert werden. Den Aufgaben müsse man sich jedes Mal neu stellen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies auf die ausführliche Diskussion in der Ausschusssitzung, nach der man die hier skizzierten Gefahren nicht sah. Unsere Partner, d. h. die Stiftung Bauhaus, die lange schon Empfehlungen und einen eigenen Entwurf für ein mögliches touristisches Leitsystem vorgelegt hat, erwarte von der Stadt ein besseres und stärkeres Zusammengehen in der Sache, damit ein einheitliches, geschlossenes, nach außen hin auch transparentes und eindrucksvolles Bild von der Stadt gezeichnet werden kann. Das lasse sich nur im Schulterschluss Bauhaus, Stadt und allen Akteuren dieser Stadt machen. In diesem Zusammenhang sei das, was wir hier machen, einfach nötig. Diese Chance, die uns die Förderpolitik des Landes bietet, sollte genutzt und der Vorlage zugestimmt werden.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies darauf, die Kritik, es müsse eine vernünftige Gegenfinanzierung dargelegt werden, wurde schon in den Ausschüssen diskutiert. weshalb das Schaulaufen hier unnötig sei. Er plädiere dafür, diesem Beschluss, der extrem wichtig ist im Hinblick auf die Jubiläen 2016/2019, zuzustimmen. In der Vorlage sei ähnlich wie bei der Hochwasserliste viel Wunsch-dirwas enthalten. Rückbau, Flyer, Apps u. a. sind nicht förderfähig. Diese Diskussion zu führen vor dem Hintergrund, dass wir dieses Leitsystem brauchen, weil wir den Schwerpunkt Masterplan Bauhausstadt haben, gehe nicht weit genug. Er plädiere dafür, diesem Beschluss zuzustimmen, denn seine Auswirkungen werden nicht so schlimm kommen, wie es hier steht. Die Gegenfinanzierung hätte er sich ernster dargestellt gewünscht. Für die Zukunft sei es unser aller Wunsch, dass bei solchen Vorratsbeschlüssen auch eine ordentliche Gegenfinanzierung seitens der Verwaltung dargelegt wird.

Herr Weber, CDU-Fraktion, erwiderte, er habe das nicht als Schaulaufen verstanden, sei aber nicht Mitglied des Ausschusses und habe das nicht gehört. Er sei lediglich über diese konkreten Aussagen gestolpert, was die Gräben angeht. Man könne eine Meinung haben und wenn die Fraktionen nochmals darüber reden, wenn die Leute aus den Ausschüssen kommen, und es komme im Stadtrat noch einmal zu einer Diskussion, müsse man das aushalten können.

Diesen Worten seines Fraktionskollegen schloss sich **Herr Mau, CDU-Fraktion**, an. Er sehe hier aber eine ebenso wichtige Förderung für den Hafen. Die Fraktion sei nicht gegen diese Vorlage, sondern nur dagegen, wie sie finanziert werden soll. Kredite aufzunehmen, werde für die Stadt schwierig genug sein. Deshalb stelle er den **Antrag**, den **Hafen** aus dieser Ersatzinvestition oder aus der Umschichtung der Eigenmittel **herauszustreichen**.

Herr Dr. Exner merkte an, es würden zwei Änderungsanträge vorliegen. **Herr Otto** hatte die Einfügung „...belaufen sich auf insgesamt **höchstens** ca. 940 T€“ beantragt, was nachvollziehbar sei. **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion**, stellte den **Antrag** auf **Streichung** des Punktes Generalsanierung **Goetheschule** aus der Auflistung.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, brachte folgende **Änderungsanträge** zur Abstimmung:

1. Antrag auf Einfügung des Wortes **höchstens**.
Der **Antrag** wurde bei einer Enthaltung **angenommen**.
2. Antrag auf Streichung der Abschichtung Eigenmittel betreffend Ersatzneubau Brückenbauwerk BW 111 Brambacher Weg.
Der **Antrag** wurde mehrheitlich mit 36 Gegenstimmen und keiner Enthaltung **abgelehnt**.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau unterbreitete einen Vorschlag, der die Abstimmung der übrigen Änderungsanträge überflüssig machen würde. Es sollte grundsätzlich die Festlegung auf Vorhaben herausgenommen und beschlossen werden: „**Ist eine Umschichtung von Eigenmitteln entsprechend der zur Verfügung stehenden Fördermittel in den einzelnen Jahren notwendig...**“ Wenn wir also keine Fördermittel haben, brauchen wir auch keine Eigenmittel und können das Vorhaben sowieso nicht realisieren. Anderenfalls könnte noch ergänzt werden „**ist es im Bedarfsfall durch Kreditaufnahme zu finanzieren.**“ Man sollte sich nicht auf irgendwelche Maßnahmen festlegen, sondern das entsprechend der zur Verfügung stehenden Fördermittel machen, dann immer haushaltskonkret in den einzelnen Haushaltsjahren.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte fest, dass man sich in der Abstimmung befindet und er einen Änderungsantrag nach dem anderen abstimmen lassen werde. Er sei jetzt beim dritten Änderungsantrag, wozu ein Hinweis von Herrn Otto kam. Es gebe 2 Varianten, entweder die Verwaltung übernimmt den Antrag oder es gebe einen vierten Änderungsantrag, wobei der vierte Änderungsantrag dann die ersten beiden bereits abgestimmten Änderungsanträge neutralisieren würde.

Die Dezernenten sowie der Oberbürgermeister haben sich dazu beraten, alle Beispiele herauszunehmen, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass es jetzt darum gehe, nach der Tabelle Finanzbedarf/Finanzierung ist der Satz herauszunehmen „Dies sind z. B. folgende Vorhaben: Ersatzneubau Brückenbauwerk ... bis Generalsanierung Goetheschule. Der Satz jeweils davor und danach bleibt bestehen. D. h. das Ganze ist generalisierend.“

Diese Änderung durch die Verwaltung mache die Beschlussfassungen zu den ersten beiden bereits abgestimmten Anträgen hinfällig, weil damit die Geschäftsgrundlage entfällt. Damit habe man eine um einen Satz gekürzte Beschlussvorlage.

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

Frau Storz bat darum, in das Protokoll aufzunehmen, dass Herr Giese-Rehm sich enthalten hat und die übrigen Antragsteller zugestimmt haben. Damit werde klar, dass die Änderungsanträge mit Zustimmung der Antragsteller zurückgenommen wurden.

- 7.19 Bewilligung von Fördermitteln für das Projekt "Poststraße 5, 7, 9, 11 / Lange Gasse 1" der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH aus den Programmen "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" PJ 2010 und "Stadtumbau-Ost" PJ 2012
Vorlage: BV/255/2013/VI-60**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, gab eine persönliche Erklärung ab: Er freue sich, dass eine Möglichkeit gefunden wurde, diesen Block zu sanieren. Andererseits hätte eine solche Finanzierung auch der Heideschule als Bürgerzentrum gut getan.

- 7.20 Erneute Beschlussfassung: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukower Straße"**
**7.20.1 Abwägungsbeschluss
Vorlage: BV/038/2013/VI-61**

Herr Bähr, FDP-Fraktion, erklärte sich aus betrieblichen Gründen befangen und nahm an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, ging in seinen Ausführungen auf die Entwicklung bis zur heutigen Beschlussfassung zur Biogasanlage ein und legte seine Auffassung dar. Seit fast 6 Jahren beschäftigen sich die Stadträte mit dem höchst umstrittenen Vorhaben. Von Bürgern wurden tausende Unterschriften dagegen gesammelt und alle Mittel des demokratischen Widerstandes provoziert.

Herr Dreibrodt zitierte einige Passagen aus dem Protokoll der Bauausschusssitzung vom 26. August 2008, in der die Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM und die CDU-Fraktion ihre ablehnende Haltung zur Biogasanlage Lukower Straße äußerten. Es wurde auf die Ängste der Bürger vor den Folgen der Betreibung der Anlage und die Belastung durch den zu erwartenden Fahrzeugverkehr verwiesen. Frau Ortsbürgermeisterin Müller merkte an, dass der Ortschaftsrat Roßlau nicht gegen die Nutzung regenerativer Energien oder gegen diese Investition sei, sondern gegen den Standort, weshalb Unterstützung bei der Alternativsuche angeboten wurde. Herr Schönemann verwies auf einen vorliegenden qualifizierten Vorschlag der Verwaltung. Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt, warnte vor einer negativen Signalwirkung, die im Falle der Ablehnung von der Stadt Dessau-Roßlau ausginge.

An den Argumenten zur Biogasanlage Lukower Straße habe sich seit dem Jahr 2008 nicht viel verändert. Festzustellen sei lediglich, dass Gegenargumente zahlreicher und noch deutlicher geworden sind. Die Landwirte unserer Region sind völlig ausgeplant und vertraglich gebunden. Die Substrate Mais, Grassilage, Rindergülle, Rindermist und Hühnerkot müssten über große Entfernungen herantransportiert werden. Mit den Substrat- und Gärungsrestabtransporten würde nicht nur die eigene Bevölkerung in Dessau und Roßlau belastet, auch andere zahlreiche Städte und Ortschaften wären von der Mehrverkehrsbelastung betroffen. Es sei ökologischer Wahnsinn, durch den staatlich subventionierten lukrativen Anbau von Energiepflanzen immer

mehr landwirtschaftliche Nutzflächen der Nahrungsmittelproduktion weltweit und z. B. hier in Deutschland dem Anbau von Bioproduktion zu entziehen.

Ein weiteres Gegenargument stellt die Warnung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt dar, dass eine Biogasanlage an diesem Standort den Entwicklungs- und Erhaltungszielen der Naturerbestfläche Roßlauer Elbauen diametral entgegensteht.

Der am 24. April 2013 mehrheitlich gefasste Beschluss des Stadtrates sei lediglich durch die hohe Zahl der Stadträte, die sich enthalten haben, erzielt worden. Das Abstimmungsverhältnis 18:08:12 zeige, dass nicht einmal die Hälfte der anwesenden Stadträte mit Ja gestimmt hat. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus am 17.09.2013 wurde die Vorlage abgelehnt.

Herr Dreibrodt bat darum, jeder möge seine Entscheidung überdenken, niemand könne zu einem bestimmten Votum gezwungen oder gar dafür bestraft werden. Der Stadtrat sei der Souverän und erteile Baurecht und man sollte sich nicht hinter Baugesetz und Paragraphen verstecken, sondern in der Tat zu den Bürgern stehen. Enthaltungen sollten vermieden und mit Nein gestimmt werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen festzustellen waren, brachte der Vorsitzende des Stadtrates die Vorlagen des Tagesordnungspunktes 7.20 zur Abstimmung.

Dem Vorschlag zum Abwägungsbeschluss wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 23:07:05

7.20.2 Durchführungsvertrag Satzungsbeschluss Vorlage: BV/044/2013/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 23:05:07

7.21 Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 219 "Luchplatz" Vorlage: BV/249/2013/VI-61

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, verwies auf die zu vielen Einkaufstempel und Verkaufsflächen in der Stadt Dessau-Roßlau. Die Bevölkerung schrumpfe jährlich um über tausend Einwohner. Die Kaufkraft unserer Stadt werde kontinuierlich geringer, der gewerbliche Leerstand besonders in der Innenstadt sei schon jetzt exorbitant hoch. Bezüglich des geplanten Neubaus eines REWE Marktes auf dem Luchplatz Roßlau stelle man fest, dass es dort einen REWE Markt bereits gibt. Dieser ist mit den anderen vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten mehr ausreichend.

Aus dem Antrag des Investors werde der Hauptgrund des Bauvorhabens ersichtlich. Neben der Vergrößerung der Verkaufsfläche um ca. 200 m² ist die verkehrliche Neuorganisation der Kundenströme für REWE das entscheidende Argument. Herr Dreibrodt verwies auf die in der Beschlussvorlage dargestellte Lageskizze. Die bessere Abschöpfung des Kundenpotentials aus den benachbarten 2 Bundesstraßen B 184 und B 187 sei der wahre Grund, nicht die Verbesserung der Versorgungssituation der angrenzenden Roßlauer Wohnbereiche.

Genau da liege der entscheidende Mangel dieses Bauvorhabens. Ausgerechnet am neuralgischen Punkt der Roßlauer Verkehrsströme, an die Kreuzung der Bundesstraßen unmittelbar hinter der Elbbrücke soll die künftige Hauptein- und -ausfahrt für den neuen REWE Markt liegen. Die schwierige verkehrliche Situation würde zusätzlich verkompliziert, was nicht zugelassen werden dürfe.

Das dem Roßlauer Bahnhof gegenüberliegende ehemalige Stadthaus 2, ein schöner historischer Backsteinbau, der unter Denkmalschutz steht, müsste abgerissen werden. Das Argument, dass der Neubau des REWE-Einkaufsmarktes einen städtebaulichen Missstand beseitigt und das Entrée von Roßlau aufwertet, sei an den Haaren herbeigezogen. Wer über die Elbebrücke fährt, sehe nichts von dem, was am Bahnhof steht oder nicht steht. Es sei vielmehr so, dass die Verbauung von Flächen, auf denen REWE künftig präsent sein will, möglicherweise Konfliktpotential für die seit Jahrzehnten geplante und überfällige Ortsumgehung Roßlau mit sich bringt, was sicher von einigen dementiert werden wird. Auch das traditionelle Heimat- und Schifferfest, der jährliche Höhepunkt im Roßlauer Veranstaltungskalender, würde erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden, auch wenn der potentielle Investor Kooperationswilligkeit vorgibt und die zeitweise Überlassung von Flächen in Aussicht stellt. Die zusätzliche Ansiedlung von Arztpraxen, Sanitätshaus, Pflegedienst, Apotheke usw. und die Steigerung der Wohnnutzung seien lediglich vage Absichtserklärungen, die im krassen Gegensatz zur Realität und zu den Zukunftsaussichten des Geländes Luchplatz stehen. Auch die Umnutzung des bestehenden REWE-Marktes in einen Drogeriemarkt werde nicht möglich sein, da Rossmann nur mit der Versicherung an den Schillerplatz gezogen ist, dass sich am Luchplatz kein weiterer Drogeriemarkt ansiedelt.

Herr Dreibrodt erklärte, wir brauchen keinen neuen Einkaufsmarkt in Roßlau, weil mit diesem Bauvorhaben keine Vorteile für die Bürger sondern fast ausschließlich Nachteile verbunden sind. Diesem Aufstellungsbeschluss sollte eine Absage erteilt werden.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 18:06:12

**7.22 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 61
„Altenpflegeheim an der Feldstraße“
Billigung Durchführungsvertrag,
Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/259/2013/VI-61**

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf redaktionelle Änderungen. Diese sind auf den Beiblättern 1 und 2 der Planurkunde, auf der Abbildung von Seite 41 und in der Tabelle von Seite 46 berücksichtigt. Er betonte, dass die so korrigierten Anlagen zusammen mit der Planurkunde zur Sitzung des Stadtrates zur Einsichtnahme vorgelegen haben. Das sei formaler Natur, damit der Oberbürgermeister entsprechend den Vorschriften ausführen darf.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**7.23 Maßnahmebeschluss Rathaus Altbau / 1. Teilabschnitt
- Sanierung Dach
Vorlage: BV/247/2013/VI-65**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:01

**7.24 Berufung eines Beirates zur Erhaltung und Förderung des
Kleingartenwesens in der Stadt Dessau-Roßlau (Kleingartenbeirat)
Vorlage: BV/207/2013/VI-66**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:01:02

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner**, geschlossen.

Dessau-Roßlau, 12.11.13

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin